

## Region

# Philippe Müller kämpft für sein Prestigeobjekt

**Verselbstständigung Strassenverkehrsamt** Der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass nur ein eigenständiges Strassenverkehrsamt für die Mobilität der Zukunft gewappnet ist. Das sehen nicht alle so.

Stefan von Bergen

Die Verselbstständigung des bernischen Strassenverkehrs- und Schiffsamts (SVSA) schien eigentlich schon vom Tisch zu sein. Ende November hiess der Grosse Rat in seiner Budgetdebatte nämlich überraschend mit 73 gegen 72 Stimmen eine entsprechende Planungserklärung gut. Deren Inhalt: Aus Spargründen soll kein Detailkonzept über eine Umwandlung des Amtes in eine öffentlich-rechtliche Anstalt erarbeitet werden.

Gestern Morgen aber hat die Sicherheitsdirektion von Regierungsrat Philippe Müller (FDP) in einem Communiqué mitgeteilt, dass sie die Ausgliederung des SVSA aus der Kantonsverwaltung weiterverfolge. In der Sommer-session werde die Kantonsregierung dem Grossen Rat dazu ein Normkonzept vorlegen.

Möglich ist das, weil Müllers Direktion versichern konnte, dass der Sparauftrag der Planungserklärung dennoch eingehalten werde. «Abgelehnt wurde in der Budgetdebatte ein ausführliches Detailkonzept, das allgemeine Normkonzept für die Verselbstständigung des SVSA war aber da schon fast fertig», erklärt Philippe Müller auf Anfrage. Er erachtet das Projekt für so wichtig, dass er es dem Grossen Rat mit Einwilligung des Regierungsrats vorlege.

## Fit für Mobilität der Zukunft

Über die Umwandlung des Strassenverkehrsamts in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wird nicht zum ersten Mal debattiert. 2003 versandete das Projekt im Grossen Rat, weil der finanziell klamme Kanton auf die sprudelnden Erträge des Amtes angewiesen sei. Tatsächlich ist das SVSA wegen seiner Gebühren für Fahrausweise, Fahrprüfungen sowie Nummernschilder eine der wenigen Verwaltungseinheiten, die Überschüsse erwirtschaften. 8 bis 9 Millionen Franken waren es letztes Jahr abzüglich Kosten.

Insbesondere das rot-grüne Lager fürchtet, dass eine Verselbstständigung des SVSA dem Kanton dieses Geld entziehen könnte. Die hoheitlichen Aufgaben des Amtes müssten weiter in der Hand des Staates bleiben.

Trotz politischer Widerstände setzt sich Philippe Müller weiterhin mit Verve für die Umwandlung ein. Sie ist eines seiner Pres-



Das Strassenverkehrsamt des Kantons Bern im Stadtberner Wanddorfquartier an der Autobahn. Foto: Beat Matthey

**«Es geht hier um ein wichtiges und zukunftsträchtiges Thema: um massive Veränderungen der Mobilität.»**

Philippe Müller

tigeobjekte. «Es geht hier um ein wichtiges und zukunftsträchtiges Thema: die massiven Veränderungen der Mobilität», begründet er. Noch sei dieser Wandel eher schleichend und schwer vorstellbar, aber wie beim Siegeszug des Smartphones könnte er bis in zwanzig Jahren explosionsartig voranschreiten.

Müller nennt zwei futuristische Themenbereiche: Konnektivität und «mobility as a service». Ersteres meine, dass das Auto der Zukunft – wie heute teilweise schon der Tesla – über seinen Bordcomputer mit den anderen Fahrzeugen und Datenbanken verbunden sei. So lassen sich etwa die Leistung und die Sicherheit des Autos

zentral steuern, ohne dass noch ein Besuch in einer Werkstatt nötig ist. Das zweite Stichwort meint, dass in Zukunft verschiedene Transportformen verbunden werden: Strassenverkehr, Luftfahrt und Drohnentraxis.

Müller ist überzeugt, dass ein selbstständiges und dadurch flexibleres SVSA für die anstehenden Zukunftsaufgaben besser aufgestellt wäre. Er räumt ein, dass er mit seinem Einsatz für das SVSA auch einen politischen Akzent in Richtung Zukunft und Digitalisierung setzen wolle. Der Ertrag der Strassenverkehrsämter werde durch die Einführung einer elektronischen Autobahnvignette sowie die Abschaffung internationaler Autozertifizierungen jedenfalls zurückgehen. In Zukunft werde es in der Schweiz vielleicht nur noch drei, vier Strassenverkehrsämter geben.

## Kein Spitzenlohn für Chef

An die Adresse der Gegner einer Verselbstständigung betont Müller, dass es nicht um eine Privatisierung gehe. Das SVSA werde nicht zu einer AG wie etwa der Energiekonzern BKW. Den SVSA-Kadern würden in Zukunft auch

nicht Spitzenlöhne bezahlt wie Suzanne Thoma, CEO der BKW, sondern übliche Abteilungsleiterlöhne. Philippe Müller stellt überdies klar, dass er nicht der Präsident des Verwaltungsrats wäre, den das SVSA als öffentlich-rechtliche Anstalt erhielte.

Die Gegner einer Auslagerung des SVSA verweisen auch auf die Kosten. Rund 5,5 Millionen müsste der Kanton für die neue Informatik, das Rechnungswesen oder eine HR-Abteilung eines selbstständigen SVSA ausgeben. «Dieser Betrag wäre in vier Jahren wieder eingespielt, weil das SVSA als Anstalt künftig mit Effizienzvorteilen von 1,5 Millionen Franken im Jahr rechnen könnte», versichert Müller. Er zerstreut eine weitere Befürchtung der Gegner: Die Anstalt werde nicht weniger Geld in die Kantonskasse abliefern, das habe der Regierungsrat als Eigentümer in der Hand. Die vollständige Kostentransparenz eines selbstständigen SVSA garantiere für die Berner überdies «dauerhaft faire Gebühren».

Wenn das SVSA – wie die kantonale Gebäudeversicherung – als öffentlich-rechtliche Anstalt organisiert wäre, könnte es auch

selbstständig als Investor auftreten. Bis 2028 soll der 75 Millionen Franken teure SVSA-Neubau in Münchenbuchsee bezugsbereit sein. Aus Spargründen wurde das beschlossene Projekt aber um ein Jahr hinausgeschoben. Als öffentlich-rechtliche Anstalt könnte die SVSA eine Hypothek aufnehmen und dem Kanton die Investition in weiten Teilen zurückerstatten, glaubt Müller.

## Grüne Kritik an Kosten

Grossrätin Natalie Imboden, Präsidentin der kantonalen Grünen, hat als Mitglied der Finanzkommission die Wiedergeburt der fast schon erledigten SVSA-Verselbstständigung mitbekommen. Sie steht ihr skeptisch gegenüber. «Mobilität der Zukunft tönt gut, aber gerade die Verkehrspolitik ist eine Kernaufgabe des Kantons, und das spricht gegen eine Auslagerung der SVSA», so Imboden.

Sie fürchtet weniger einen abnehmenden Zufluss in die Kantonskasse, sondern die hohen Transferkosten von 5,5 Millionen Franken. Schon die Verselbstständigung der Psychiatrischen Universitätsklinik UPD habe wegen eigener IT-Lösungen hohe Kos-

ten mit sich gebracht. Überdies habe sie den Verdacht, dass das SVSA als öffentlich-rechtliche Anstalt in der Frage seines aufgeschobenen Neubaus die Warteschlange beim kantonalen Investitionsstau umgehen wolle. «Eine Neuausrichtung des SVSA auf künftige Herausforderungen ist auch in den jetzigen Strukturen möglich», findet Imboden.

## Gibt es ein Referendum?

Eine erste Hürde hat Philippe Müllers Prestigeobjekt genommen. Der Regierungsrat sprach sich dafür aus, das Projekt dem Grossen Rat vorzulegen. Dort könnte es immer noch scheitern. Bei einem Ja würde ein Detailkonzept erarbeitet. Ebenso ein Gesetz, in dem die Einflussnahme des Kantons auf das ausgegliederte Amt definiert wird. Auch dieses Gesetz muss dann noch eine weitere Hürde nehmen, denn dagegen kann das Referendum ergriffen werden.

«Ich will mir später nicht vorwerfen lassen, wir hätten es nicht versucht und im Kanton Bern wieder eine Entwicklung verschlafen», begründet Müller sein Engagement.

## Reto Nause kokettiert mit Kandidatur

**Regierungsrat** Nause bringt sich ins Spiel um die Simon-Nachfolge.

Die Mitte muss schon bald einen ersten wichtigen Personalentscheid fällen. Da Finanzdirektorin Beatrice Simon (ehemals BDP) bei den Regierungsratswahlen vom nächsten Jahr nicht mehr antritt, ist die Partei auf eine zugkräftige Kandidatur angewiesen. Als möglicher Kandidat wird immer wieder der Stadtberner Gemeinderat Reto Nause (Ex-CVP) gehandelt. Dieser zeigt ein steigendes Interesse an einer Kandidatur: «Regierungsrat ist ein hochattraktives Amt, das mir entspricht», sagt er. Dann schiebt der begabte Wahlkämp-

fer eine Aussage nach, die schon fast nach einem Wahlslogan für sich und Die Mitte tönt: «Die Mitte ist eine Partei, für die es zwischen der Ökologie und der Ökonomie keinen Widerspruch gibt.» Er habe mit seiner Energiepolitik in der Stadt Bern gezeigt, dass es einen nachhaltigen Mittelweg gebe.

Er betont allerdings, dass er seinen Entscheid noch nicht gefällt habe. Er hat noch nicht zugesagt, weil es für ihn auch einen alternativen Karriereweg gibt. Er könnte bei den eidgenössischen Wahlen von 2023 mit guten Er-

folgsaussichten für den Nationalrat kandidieren und kurz darauf oder Ende Legislatur 2024 als Gemeinderat abtreten.

Entscheidet sich Reto Nause für eine Regierungsratskandidatur, hat er parteiintern gute Erfolgsaussichten. Dies, weil sich mit Nationalrat Lorenz Hess (ehemals BDP, Stettlen) ein weiteres Schwergewicht der neu formierten Partei gleich selbst aus dem Rennen nahm. Als weiterer Mitte-Kandidat für den Regierungsrat wird auch Parteipräsident und Grossrat Jan Gnägi (Aarberg) gehandelt. (sny)

## Eine weitere Einsprache gegen das Ostermündigen-Tram

**Tram Region Bern** Auch der Bund der Steuerzahler (BDS) wehrt sich mit einer Einsprache gegen das Berner Tramprojekt. Die planerischen Grundlagen seien heute bereits veraltet, kritisiert der BDS.

Mittlerweile hätten sich verschiedene Parameter verändert, darunter die Planung des Bypasses Ost, der neue Autobahnzubringer Wanddorf und ein künftig verdichteter S-Bahn-Fahrtakt, teilte Thomas Fuchs als BDS-Geschäftsführer gestern mit.

In vielen Städten seien inzwischen Doppelgelenkbusse im Einsatz, die im Gegensatz zum Tram kein Schienennetz benötigen. Die Kosten für Bau und Unterhalt des

Tram Region Bern stünden damit in keinem Verhältnis mehr und müssten grundlegend neu beurteilt werden, moniert der BDS.

Zwischen Bern und Ostermündigen soll ein Tram die teils stark gefüllten Busse von Bernmobil ersetzen. Die öffentliche Auflage der Projektänderungen an den Tramplänen endete letzten Dienstag. Es geht um Änderungen am 2013 öffentlich aufgelegten Projekt Tram Region Bern, das bis König reichen sollte.

Einsprachen zum Ostermündigen-Tram gingen schon seitens des Vereins «Heit Sorg zu Bärn» sowie der Grün-alternativen Partei Bern (GAP) ein. (sda)

## Corona-Stipendien für Kulturschaffenden

**Stadt Bern** Kulturschaffende sollen die Möglichkeit erhalten, «aus dem Krisenmodus auszuweichen», um eine Projektidee entwickeln zu können. Für Corona-Stipendien von maximal 3000 Franken pro Person stellt der Gemeinderat insgesamt 800'000 Franken bereit.

Damit will die Stadtregierung einen Beitrag zur Linderung der finanziell prekären Situation von Kulturschaffenden leisten. Eingabeberechtigt sind alle professionellen Kulturschaffenden mit Wohn- und/oder Arbeitsort in der Gemeinde Bern. Gesuche können bis zum 16. April eingereicht werden. (sda)